

## Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

### Vorstandssitzung

Am 24. Juli 2014 traf sich der Vorstand in Berlin zu seiner letzten Beratung vor der Sommerpause. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Vorbereitung der KMU-Konferenz am 11. Oktober diesen Jahres sowie der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag von OWUS am Vorabend. Die Einladungen werden in den nächsten Tagen verschickt.

Einstimmig beschloss der Vorstand die Aufnahme des Unternehmens „ProjektKonzept“ in den Verband. Geschäftsführer ist Hans-Ulrich Riedel, Sprecher der LAG LiU Berlin und Mitglied im Bundessprecherrat der BAG.

### „Noch 67 Tage bis zu den Landtagswahlen in Brandenburg“

So lautete die Schlussbemerkung des Gastes unseres Unternehmerstammtisches am 10. Juli im Hotel „ACCOR“ in Potsdam. Gleich 3 in 1 verkörperte Christian Görke bei unserem Treffen. Landesvorsitzender der Linkspartei, Finanzminister der Brandenburger Landesregierung und Spitzenkandidat zur Landtagswahl am 14. September 2014.

Geballte Kompetenz möchte man meinen und es bewahrheitete sich auch. Erstaunliche Bilanz der rot-roten Regierung mit einer wirtschaftlichen Entwicklung, wie es sie in den vergangenen 25 Jahren in Brandenburg nicht gab. 35.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, 2000 neue Unternehmen in Brandenburg angesiedelt, 3 Mrd. € in die Wirtschaftsförderung gesteckt. „Trotz vieler Probleme hat sich die Arbeit in der Regierung gelohnt“ betonte der Spitzenkandidat.

Aber man hat sich auch viel vorgenommen. Das verabschiedete Wahlprogramm der Brandenburger Linkspartei enthält auch viele wichtige Vorhaben, die für Unternehmen von großem Interesse sind u.a. die 1,8 Mrd. € Strukturmittel von der EU für die Wirtschaftsförderung, ein Konjunkturpaket zur Entwicklung der kommunalen Infrastruktur, welches insbesondere für die regionalen Unternehmen Chancen der Auftragsvergabe eröffnet, um nur einiges zu nennen. Christian Görke forderte die Unternehmer auf, sich aktiv an der Debatte über die Zukunft des Landes zu beteiligen, denn man sei auf ihr Wissen und ihre Erfahrungen angewiesen. Natürlich folgte eine Debatte, die wichtige Forderungen der anwesenden Unternehmer enthielt, natürlich konstruktiv und sachlich und mit dem Hinweis verbunden, die Linke im Wahlkampf zu unterstützen. Dazu soll auch ein spezieller Flyer dienen, der von den LAG-Mitgliedern der linken UnternehmerInnen erarbeitet wurde und die kleinen Unternehmer und Handwerker im Wahlkampf darauf hinweisen soll, worin die Forderungen der kleinen Unternehmer an die Politik bestehen und wie die Linke diese Forderungen unterstützt.

Bemängelt wurde die nach wie vor vorhandene Bürokratie bei der Kreditvergabe und der damit oftmals entstehende Resignation des Unternehmers bei der Antragstellung. Breit wurde auch die noch ungenügende Industriestandortentwicklung in Brandenburg und der damit einhergehende Schaffung von Industriearbeitsplätzen. Hier liegen noch große Reserven, ebenso in der Entwicklung neuer Wege bei der Unterstützung kreativer kleiner Unternehmen und der Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen, wie es der Unternehmensberater Dr. Meergans ansprach. Christian Görke kommentierte es zustimmend und bat, sich mit dem Wirtschaftsminister diesbezüglich zusammen zu setzen. 2 Stunden vergingen sehr schnell und es hätte auch noch weitaus länger gehen können, aber auch ein Minister braucht seinen Schlaf und Unternehmer sowieso.

## **Anhörung der Linksfraktion zur Daseinsvorsorge in Ostdeutschland**

Wieviel Erde braucht ein Mensch? Dazu einleitend eine passende Novelle von Tolstoi und die Mitteilung, dass es jetzt keine Ostdeutschlandpolitik mehr gebe, sondern eine Ost-West-Vereinigungspolitik! Also alles gute Voraussetzungen für die Anhörung der Linksfraktion am 30. Juni im Bundestag zur Daseinsvorsorge in Ostdeutschland. In Form von Zweiergruppen wurden die Themen abgearbeitet. Das erste Paar – Frank-Jürgen Weise von der Bundesagentur für Arbeit und Bodo Ramelow – befassten sich u.a. mit der Entwicklung des ländlichen Raums am Beispiel von Thüringen und den Möglichkeiten der Finanzierung öffentlicher Arbeit. Weise sprach sich dafür aus, dass dort wo es keine Chancen für den ersten Arbeitsmarkt gäbe, subventionierte Arbeit geschaffen werden muss. Als Beispiel wurde der Gemeinwohl-Sektor in Sachsen-Anhalt in Form der Bürgerarbeit genannt. Dies war nicht das einzige Mal, dass der Begriff Gemeinwohl fiel. Auch Ramelow sprach sich für Gemeinwohl-Arbeit und Gemeinwohl-Wirtschaft aus, bezog dies aber auf den öffentlichen Sektor. Der alte Begriff Gemeinwirtschaft sei in der alten Bundesrepublik durch die Neue Heimat u. ä. diskreditiert. Weise verwies auf einen Gemeinwohlatlas der Schweiz und nannte als Plan, so etwas auch für Deutschland zu erstellen. Positiv würdigte er die Genossenschaften.

Das zweite Paar waren die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium Iris Gleicke, Ostbeauftragte der Bundesregierung (sowie Mittelstands- und sowie Tourismusbeauftragte des BMWi) und Dietmar Bartsch. Es ging um unterschiedliche Modellvorhaben der Bundesregierung und deren Finanzierung. Dabei wurde Wert darauf gelegt, dass diese Unterstützung generell für strukturschwache Regionen erforderlich sei, unabhängig ob Ost oder West. Von Christa Luft wurde in der Diskussion erneut auf die Gefahren für die KMU durch das zu erwartenden TTIP verwiesen. Beim dritten Paar Michael Ermrich – Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes (ehemaliger Landrat des Landkreises Harz) und Gesine Löttsch war die besondere Rolle der Sparkassen und ihre Verbindung in der Region Gegenstand des Disputs. Auch hierbei ging es wieder um das Gemeinwohl und die Rolle der Sparkassen. Das letzte Paar Bernd Schröder von Turbine Potsdam und Anita Tack befassten sich mit Sportförderung, vor allem im Nachwuchsbereich. Sehr interessant war ein Einzelvortrag von Dr. Michael Thomas vom BISS e.V. zur gesundheitlichen Daseinsvorsorge und die Rolle der Kommunen (BISS = Brandenburg-Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien). U.a. ging es um

Sozialunternehmen, Integrationsgenossenschaften für Langzeitarbeitslose und damit die Gemeinwohl-Orientierung in den Kommunen.

## Neues vom OWUS-Dachverband

Wie im Juni-Newsletter berichtet, gratulierte der Dachverband Gabi Zimmer zu ihrer Wiederwahl als Vorsitzende der **GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament**. In ihrer Antwort unterstrich Gabi Zimmer, daß unter dem sogenannten Krisenmanagement von Rat und Kommission vor allem die KMU in allen EU-Mitgliedsländer unter starken Druck geraten sind. Notwendig sind aus Sicht der Fraktion vor allem zielgerichtete Investitionen in eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung, neue Mandate an die EZB zur Zins- und Kreditpolitik sowie eine andere Industriepolitik. Als europäische Linke im EP wollen die Abgeordneten selbst neue Initiativen ergreifen, um Positionen beispielsweise für eine Industriepolitik aus linker Sicht zu entwickeln. Sie regte an, gemeinsam an dieser Frage zu arbeiten.

Am 1. Juli konstituierte sich das Europäische Parlament für die achte Legislaturperiode. DIE LINKE ist mit vier Frauen und drei Männern in der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke vertreten. Mit Thomas Händel stellt DIE LINKE den Kandidaten für den Vorsitz des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Darüber hinaus ist DIE LINKE u.a. in folgenden Ausschüssen vertreten:

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON): Fabio De Masi

Ausschuss für Internationalen Handel (INTA): Helmut Scholz

Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI): Martina Michels

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (TRAN): Fabio De Masi (stellv.)

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE): Cornelia Ernst (stellv.)

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO): Thomas Händel (stellv.)

Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT): Martina Michels (stellv.)

Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit (DEVE): Sabine Lösing (stellv.)

<http://www.dielinke-europa.eu/article/9207.die-linke-im-europaparlament-wer-macht-was.html>

## Wirtschaftsinformationen

### ***Steuertipp Juli 2014 - Automatischer Kirchensteuerabzug***

Ab dem Jahr 2015 gilt für die Kirchensteuer auf Kapitalerträge ein automatisiertes Abzugsverfahren. Auch Kapitalgesellschaften, die Gewinnanteile an die Gesellschafter (also Dividenden) ausschütten, müssen dazu die Religionszugehörigkeit des Gesellschafters beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) abfragen. Diese Pflicht trifft selbst den Alleingesellschafter-Geschäftsführer für seine "eigene" GmbH! Dazu ist die Abfrage der Kirchensteuerabzugsmerkmale ist vom 1. September bis 31. Oktober 2014 durchzuführen. Um die Abfrage starten zu können, muss sich das Unternehmen vorher beim BZSt zertifizieren (registrieren) lassen. Mit dem Zertifikat ist dann die Zulassung zum Kirchensteuerabzugsverfahren zu beantragen. Dieser Vorgang kann einige Wochen Zeit in Anspruch nehmen. Damit die Abfrage pünktlich im Herbst erfolgen kann, sollten Unternehmer noch im Sommer aktiv werden! Es gibt nur zwei Ausnahmen: Steht zum Zeitpunkt der Regelabfrage

mit Sicherheit fest, dass im Folgejahr keine Ausschüttung vorgenommen wird, brauchen die Kirchensteuerabzugsmerkmale nicht abgerufen werden. Im zweiten Fall sind eine Zulassung zum automatischen Kirchensteuerabzugsverfahren sowie der Abruf der Merkmale nicht erforderlich, wenn der Alleingesellschafter-Geschäftsführer keiner steuererhebenden Religionsgemeinschaft angehört oder konfessionslos ist und der GmbH keine weitere natürliche Person angehört. Details dazu stehen auf der Internetseite des BZSt zum Abruf bereit

[http://www.bzst.de/DE/Steuern\\_National/Kirchensteuer/kirchensteuer\\_node.html](http://www.bzst.de/DE/Steuern_National/Kirchensteuer/kirchensteuer_node.html)

### **Freihandelsabkommen TTIP und CETA**

Im Juli erfolgte bei der Europäischen Kommission die Anmeldung einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI). Über 150 Organisationen sind entschlossen, gemeinsam die notwendigen Unterschriften, europaweit eine Million, zu sammeln. Innerhalb von zwei Monaten muss die Kommission nun prüfen, ob die Registrierung zulässig ist. Ein Spaziergang wird die Sammlung von mindestens einer Million Unterschriften aus sieben Mitgliedstaaten nicht. 75.000 davon will Mehr Demokratie e.V. allein in Deutschland sammeln – ein ehrgeiziges Ziel.

<https://www.mehr-demokratie.de/stoppttip.html>

### **ver.di zur Besteuerung der Erben von Betriebsvermögen,**

Auf Grund einer Presseveröffentlichung von ver.di zum Verfahren beim Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit des gegenwärtigen Erbschaftsteuerrechts in Bezug auf Betriebsvermögen baten wir um einen erläuternden Standpunkt dazu. Vom Bereich Wirtschaftspolitik erreichte uns dazu folgende Antwort (redaktionell gekürzt):

Grundsätzlich sind auch Erben von Betriebsvermögen wie alle anderen erbschaftsteuerpflichtig. Über begrenzte zusätzliche Freibeträge für Betriebsvermögen wäre zu diskutieren. Insgesamt will ver.di aber bei der Erbschaftsteuer mindestens 10 Mrd. statt 4 Mrd. Euro jährlich einnehmen, das ist ohne breitere Erhöhungen möglich durch Abbau der Privilegien für Betriebsvermögen. Wenn die Zahlung der Erbschaftsteuer mit akuten Problemen verbunden wäre, die tatsächlich die Weiterführung des Betriebs gefährden würden, müsste das konkret belegt werden. Dann wären ggf. relativ großzügige Stundungs- bzw. Ratenzahlungsmöglichkeiten anzubieten. Schützenswert ist ggf. der Erhalt des Betriebs, nicht das vollständige Eigentum in der Hand einer bestimmten Familie. Geregelt werden sollte dabei eine möglichst bruchlose Weiterführung des Betriebs, nicht die Vermeidung der Steuerzahlung. Die Gesellschaft vertreten durch den Staat hat den berechtigten Anspruch, große Vermögenserwerbe, die ja ohnehin immer nur im gesellschaftlichen Kontext entstehen können, hoch zu besteuern und fortschreitender Vermögenskonzentration damit entgegenzuwirken. Es wird ausdrücklich betont, dass die hauptsächlich von ver.di in den Fokus genommenen Regelungen nicht die Kleinunternehmer und Mittelständler betreffen, sondern die wirklich Superreichen, deren Vermögen meist in der steuerlichen Form des Betriebsvermögens vorliegen. Da erscheint das Arbeitsplatzargument eher vorgeschoben. Darüber hinaus muss die Betrachtung von Aktienpaketen, die dazu auch noch gepoolt werden können um die Mindestquote zu erreichen, als begünstigte Betriebsvermögen ersatzlos entfallen.

Als eine „ultimative Lösung der immer beschworenen Liquiditätseinwände“ äußerte der von uns befragte Mitarbeiter des Bereichs Wirtschaftspolitik folgende Überlegung: Statt Barzahlung der Steuerschuld Übertragung eines entsprechenden

Anteils der Eigentumsrechte an dem Betriebsvermögen an eine öffentliche Holding, der dann als stiller Teilhaberin ein entsprechender Anteil aller zukünftig erzielten (ausgeschütteten und nicht ausgeschütteten) Gewinne zufallen würde. Das Arbeitsplatzargument würde dann in sich zusammenfallen.

### **Traineeship-Programm**

Die IHK Potsdam informiert: Am 1. September 2014 startet unter dem Dach von „Make it in Germany“ ein neues Traineeship-Programm: Unternehmen in Deutschland können sich vier Monate lang unverbindlich von den fachlichen und persönlichen Kompetenzen junger, hochqualifizierter Fachkräfte aus Südostasien überzeugen.

Bei den Fachkräften handelt es sich um Absolventinnen und Absolventen ingenieurwissenschaftlicher MINT-Studiengänge, die größtenteils erste Berufserfahrung besitzen und bei Arbeitsbeginn über Deutschkenntnisse auf dem Niveau B1/B2 (Selbständige Sprachverwendung) verfügen. Die Trainees erhalten während des Einsatzes einen monatlichen Bruttolohn von 1360,- Euro, wobei der Arbeitgeberanteil lediglich 550,- Euro beträgt. Die Gehälter werden durch ein Stipendium entsprechend aufgestockt.

Im Anschluss an den Arbeitseinsatz steht es den Unternehmen frei, die Fachkräfte zu den geltenden aufenthaltsrechtlichen Bedingungen der Blauen Karte EU zu übernehmen.

Bei Interesse und für Rückfragen kann sich direkt an Herrn Michael Kleinbub, Senior Berater Entwicklungskooperation der IHK Potsdam, gewendet werden (IHK Potsdam Fachbereich International Breite Straße 2 a - c | 14467 Potsdam Tel. 0331 2786-254 | Fax 0331 28429-52

[www.potsdam.ihk24.de](http://www.potsdam.ihk24.de)

### **Umsatzsteuer auf alle Telekommunikationsdienste**

Ab dem 1. Januar 2015 fällt die Umsatzsteuer auf alle Telekommunikationsdienste, Rundfunkdienste und elektronisch erbrachten Dienstleistungen dort an, wo der Kunde ansässig ist, und nicht mehr am Ort des Dienstleistungserbringers. Das bedeutet: Ein Onlineshop in Deutschland muss britische Mehrwertsteuer für in England abgerufene Dienste (etwa Musik, Videos oder Softwaredownloads) erbringen.

Mit dieser Änderung soll einem Missbrauch entgegengewirkt werden: Da der allgemeine USt-Satz in den einzelnen EU-Staaten zwischen 15 und 27% schwankt, lassen sich Unternehmen derzeit oft noch in einem Mitgliedstaat mit niedrigem Normalsatz nieder, der dann für elektronische Dienstleistungen gilt, die sie Privatkunden in ganz Europa erbringen.

Um den mit dieser Steuerpflicht verbundenen Aufwand gering zu halten wird jedoch zum 1. Januar 2015 eine Ausnahmeregelung in das Umsatzsteuerrecht eingeführt, die eine zentrale Erklärung und Zahlung der Umsatzsteuer für diese Leistungsarten an das Finanzamt des Unternehmers in seinem Ansässigkeitsland erlaubt (sogenannter One-Stop-Shop). Die betreffenden Angaben und Einnahmen werden dann von der Steuerbehörde des Heimatstaates an alle betroffenen Zielstaaten weitergeleitet. Ein deutsches Unternehmen hat damit nur mit einer einzigen Steuerverwaltung zu tun und nicht etwa mit bis zu 28 verschiedenen.

### **Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr**

Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr verabschiedet. Der Gesetzentwurf kann daher

wie geplant in Kraft treten. Die Änderungen werden über eine Anpassung des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) realisiert.

<http://www.bundesanzeiger-verlag.de/nc/spezial-gesetze/feed/detail/artikel/bekaempfung-von-zahlungsverzug-im-geschaeftsverkehr-13019.html>

## Veranstaltungshinweise

### Wirtschaftskonvent

Im Mai-Newsletter informierten wir über die geplante **Konferenz „Anders wirtschaften - aber wie? Auf dem Weg zum Wirtschaftskonvent“** vom 22. – 24. August 2014. Die Veranstalter haben nunmehr entschieden, die Veranstaltung " auf einen späteren Termin (voraussichtlich Anfang Dezember 2014) zu verschieben und am 23. August 2014 nur einen kleinen Workshop stattfinden zu lassen.

Der kostenlose Workshop findet am 23. August 2014, von 10.00-14.00 Uhr in der Thinkfarm, Oranienstr. 183, 10999 Berlin statt.

### Fachkräfte internationaler Herkunft

Im Mai-Newsletter informierten wir über den fame Career Day für Fachkräfte internationaler Herkunft am 9. September im Rathaus Schöneberg. Wie die Veranstalter mitteilten, wurde die Zielgruppe der Besucher/innen aufgrund von Nachfragen erweitert haben. Einbezogen werden jetzt auch Fachkräfte mit Abschluss im kaufmännischen Bereich richten.

Termin: 9.September 2014 13.00 bis 19.00 Uhr  
Rathaus Schöneberg, John-F-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin  
Zielgruppen: Fachkräfte technischer, kaufmännischer und sozialer  
Fachrichtungen  
Kosten: Öffentlich gefördert, Ausstellungsfläche und Eintritt kostenfrei

[http://www.ziz-berlin.de/fame#Career\\_Day](http://www.ziz-berlin.de/fame#Career_Day).

## **Unsere Geburtstagskinder für den August 2014**

Birgit Trenner	04.08.
Helmut Patzelt	05.08.
Dieter Dörflinger	12.08.
Detlef R. Militz	12.08.
Petra Häusler	14.08.
Wolfgang Ackermann	15.08.
Hartmut Eisenschmidt	21.08.
Lutz Töpfer	24.08.

**Herzlichen Glückwunsch!!!!!!**

**Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg**

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender [tuk-j.heinrich@derpart.de](mailto:tuk-j.heinrich@derpart.de) .